

## **Unterrichtung**

### **durch das Europäische Parlament**

#### **Entschließung zur Militärjunta in der Türkei**

##### **DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT —**

in der Erwägung, daß es trotz der gegenteiligen Zusicherungen, die die militärischen Stellen den europäischen Ländern und den Organen der EWG gegeben haben, seit der Einsetzung des Militrregimes keine Schritte in Richtung auf die Wiederherstellung der Demokratie in der Türkei gegeben hat,

in der Erwägung, daß — ungeachtet der von dem Militärregime geäußerten Zielsetzung — weiterhin politische Gewalttaten mit Unterstützung des Regimes verübt werden,

in der Erwägung, daß sowohl die Türkei als auch die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft als Unterzeichner der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und der Grundfreiheiten die Pflicht haben, die Einhaltung ihrer Bestimmungen nicht nur auf ihrem eigenen Hoheitsgebiet, sondern in dem gesamten Bereich, für den die Konvention gilt, sicherzustellen,

in Würdigung der gemeinsamen Erklärung der Organe der Europäischen Gemeinschaft, in der bekräftigt wird, daß die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten für die Aktivitäten der Gemeinschaft als solche verbindlich ist,

beunruhigt darüber, daß Berichte mit genauen Einzelheiten über zahlreiche Verletzungen von Menschenrechten und Grundfreiheiten, die — ohne eine Folge der Notstandserklrung zu sein — unter dem Militärregime in der Türkei begangen wurden, bislang noch nicht überzeugend zurückgewiesen wurden,

in der Erwägung, daß die geäußerte Absicht, die Demokratie wiederherzustellen, nur dann glaubwürdig sein kann, wenn in absehbarer Zeit konkrete Schritte zur Verwirklichung dieses Ziels unternommen werden —

1. unterstützt den Kampf des türkischen Volkes für die Wiederherstellung der demokratischen Institutionen, des Parlaments, der politischen Parteien und der Gewerkschaften;
2. verurteilt die anhaltende Lähmung der demokratischen Institutionen in der Türkei;
3. verurteilt mit Abscheu die Hinrichtungen und Folterungen in der Türkei sowie die Inhaftierung unschuldiger demokratischer Bürger;
4. fordert die Kommission, den Rat und die Mitgliedstaaten auf, die ihnen im Rahmen der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten übertragene Verantwortung zu übernehmen, indem sie
  - a) das türkische Militärregime dringend auffordern, unverzüglich eine Liste von Maßnahmen zur ungehinderten Ausübung dieser demokratischen Freiheiten vorzulegen und konkrete Fristen für ihre Verwirklichung anzugeben;
  - b) das türkische Militärregime darauf hinweisen, daß die Assoziation zwischen der Türkei und der Europäischen Gemeinschaft unverzüglich außer Kraft gesetzt wird, wenn nicht binnen zwei Monaten demokratische Institutionen und Praktiken wiedereingeführt worden sind;
5. fordert Garantien und Unterstützung für die Freiheit und die demokratischen Rechte (Recht auf freie Gewerkschaften, Recht auf freie Meinungsäußerung, Recht auf Zusammenschluß usw.) der türkischen Wanderarbeitnehmer und Studenten in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft;
6. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschliebung der Kommission, dem Rat sowie den Parlamenten und Regierungen der Mitgliedstaaten zu übermitteln.